Änderungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen:

blau = gestrichen rot = neu

Stand: 05.02.2019

Bestimmung	alte Fassung	neue Fassung	Erläuterung
§ 1	Die Kasse gewährt beim Tode ihrer Versicherten* und mitversicherter Kinder (§ 10 Abs. 3 u. 4) ein Sterbegeld.	Die KölnVorsorge gewährt beim Tode ihrer Versicherten* und mitversicherter Kinder (§ 10 Abs. 3 u. 4) ein Sterbegeld.	Anpassung der Bezeichnung
§ 2 Abs. 1 Nr. 4	die Versicherten der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse der Stadt Köln sowie der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln,	die ehemaligen Versicherten der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse der Stadt Köln sowie die Versicherten der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln,	Klarstellung
§ 2 Abs. 1 Nr. 8	die Ehegatten, Lebenspartner (in eheähnlicher Gemeinschaft im Sinne des Sozialhilferechts Lebende und Lebenspartnerschaften im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes) und Angehörigen im Sinne des § 15 der Abgabenordnung der in Nummern 1. bis 7. genannten Personen, Bei eheähnlichen Gemeinschaften ist der Nachweis durch eine persönliche schriftliche Erklärung und bei Lebenspartnerschaften durch eine Bescheinigung der für die Beurkundung zuständigen Stelle zu führen.	die Ehegatten, Lebenspartner und Angehörigen im Sinne des § 15 der Abgabenordnung der in Nummern 1. bis 7. genannten Personen. Bei eheähnlichen Gemeinschaften ist der Nachweis durch eine persönliche schriftliche Erklärung zu führen.	Gesonderte Erläuterung ist nicht erforderlich Anpassung des Verfahrens
§ 3 Abs. 1	Aufnahmeanträge sind unter Verwendung des vorgeschriebenen Vordrucks bei der Geschäftsstelle der Kasse schriftlich zu stellen; die darin gestellten Fragen sind wahrheitsgetreu zu beantworten. Der Vorstand kann die Aufnahme von der Vorlage der Geburtsurkunde und von dem Ergebnis eines Gutachtens durch den Vertrauensarzt der Kasse abhängig machen. Eine Aufnahme scheidet aus, wenn der Antragsteller der im Aufnahmeantrag abgedruckten Schweigepflichtentbindung nicht zustimmt.	Aufnahmeanträge sind schriftlich zu stellen. Der Vorstand kann die Aufnahme von der Vorlage der Geburtsurkunde und von dem Ergebnis eines Gutachtens durch einen Vertrauensarzt abhängig machen. Eine Aufnahme scheidet aus, wenn der Antragsteller der Ermächtigung zur Schweigepflichtentbindung und der Einwilligungserklärung zur Verwendung der persönlichen Daten nicht zustimmt.	Anpassung und Vereinfachung der Regelung
§ 4	Bei der Aufnahme erhält der Versicherungsnehmer einen Versicherungsschein, die Satzung und die Allgemeinen Versicherungsbedingungen. Ist der Versicherungsschein vernichtet oder abhanden gekommen, so stellt die Kasse auf Antrag einen Ersatzschein aus.	Bei der Aufnahme erhält der Versicherungsnehmer einen Versicherungsschein, die Satzung und die Allgemeinen Versicherungsbedingungen sowie die Tarifübersicht. Ist der Versicherungsschein nicht mehr auffindbar, so kann die KölnVorsorge einen Ersatzversicherungsschein ausstellen.	Anpassung des Verfahrens Sprachliche Vereinfachung

§ 5	Das Versicherungsverhältnis beginnt mit dem im Versicherungsschein angegebenen Tage, jedoch nicht vor Zahlung des ersten Monatsbeitrages (Einlösungsbeitrag).	Das Versicherungsverhältnis beginnt mit dem im Versicherungsschein angegebenen Tage, jedoch nicht vor Eingang des ersten Monatsbeitrages.	Klarstellung
§ 6	Der Versicherungsnehmer kann innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheines, der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, des Produktinformationsblattes, der Widerrufsbelehrung und der Satzung seine Vertragserklärung schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Die Frist beginnt erst zu laufen, wenn er die in Satz 1 genannten Unterlagen vollständig erhalten und er über sein Widerrufsrecht belehrt wurde. Bereits gezahlte Beiträge werden zinslos erstattet.	Der Versicherungsnehmer kann innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheines, aller erforderlicher Unterlagen und der Belehrung über sein Widerrufsrecht seine Vertragserklärung schriftlich widerrufen. Bereits gezahlte Beiträge werden zinslos erstattet.	Sprachliche Vereinfachung
§ 7 Abs. 2	Die Beiträge zur Sterbegeldversicherung sind am Ersten eines jeden Monats im Voraus ohne besondere Aufforderung kostenfrei und bargeldlos an die Kasse zu zahlen. Die Beiträge können auch für längere Zeiträume im Voraus gezahlt werden.	Die Beiträge sind am Ersten eines jeden Monats im Voraus ohne besondere Aufforderung kostenfrei und bargeldlos zu zahlen. Die Beiträge können auch für längere Zeiträume im Voraus gezahlt werden.	Sprachliche Vereinfachung
§ 7 Abs. 3	Für den Monat, innerhalb dessen das Versicherungsverhältnis endet, ist der volle Monatsbeitrag zu entrichten.	Für den Monat, in dem das Versicherungsverhältnis endet, ist der volle Monatsbeitrag zu entrichten.	Sprachliche Vereinfachung
§ 8	Der Vorstand kann ein Mitglied in Fällen von Zahlungsverzug durch schriftlichen Bescheid aus der Kasse ausschließen, wenn die Voraussetzungen der §§ 37 bzw. 38 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) vorliegen.	Der Vorstand kann ein Mitglied bei Zahlungsverzug durch schriftliche Mitteilung aus der KölnVorsorge ausschließen, wenn die Voraussetzungen der §§ 37 bzw. 38 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) vorliegen.	- Sprachliche Vereinfachung - Anpassung der Bezeichnung
§ 9 Überschrift	Ende und Fortdauer des Versicherungsverhältnisses bei Eintritt der Volljährigkeit eines versicherten Kindes	Ende und Fortdauer des Versicherungsverhältnisses bei Eintritt der Volljährigkeit	Vereinfachung der Überschrift
§ 9 Abs. 2 Satz 3	Bei Beendigung des Versicherungsverhältnisses wird ein Rückkaufswert gemäß § 15 Absatz 3 gewährt .	Bei Beendigung des Versicherungsverhältnisses wird ein Rückkaufswert gemäß § 15 Absatz 3 gezahlt .	sprachlich stilistische Änderung
§ 10 Überschrift	Sterbegeld	Versicherungsleistung	Vereinheitlichung des Terminus
§ 10 Abs. 1	Der Anspruch auf Sterbegeld wird durch den Tod des Versicherten begründet, sofern er mindestens drei Monate lang versichert war.	Der Anspruch auf die Versicherungsleistung wird durch den Tod des Versicherten begründet, sofern er mindestens drei Monate lang versichert war.	Vereinheitlichung des Terminus

§ 10 Abs. 2	Die Höhe des Sterbegeldes ergibt sich aus den Tarifübersichten. Rückständige Beiträge und sonstige Forderungen werden vom Sterbegeld einbehalten. Über die Fälligkeit hinaus geleistete Vorauszahlungen werden mit dem Sterbegeld erstattet.	Die Höhe der Versicherungsleistung ergibt sich aus den Tarifübersichten. Rückständige Beiträge und sonstige Forderungen werden einbehalten. Über die Fälligkeit hinaus geleistete Vorauszahlungen werden erstattet.	Vereinheitlichung des Terminus Sprachliche Vereinfachung Sprachliche Vereinfachung
§ 10 Abs. 4 Satz 3	Die Gewährung des beitragsfreien Kindersterbegeldes erfolgt unabhängig von der Begründung einer eigenständigen Sterbegeldversicherung als Angehöriger (§ 2 Absatz 1 Nr. 8).	Die Gewährung des beitragsfreien Kindersterbegeldes erfolgt unabhängig von einem Versicherungsvertrag als Angehöriger (§ 2 Absatz 1 Nr. 8).	Sprachliche Vereinfachung
§ 11	<p>(1) Der Anspruch auf das Sterbegeld ist mit dem Versicherungsschein und der Sterbeurkunde (Auszug aus dem standesamtlichen Sterberegister) bei der Geschäftsstelle geltend zu machen. Zusätzlich kann auch der Nachweis der letzten Beitragszahlung sowie ein ausführliches ärztliches oder amtliches Zeugnis über die Todesursache sowie über Beginn und Verlauf der Krankheit, die zum Tode geführt hat, verlangt werden.</p> <p>(2) Zur Klärung der Leistungspflicht können notwendige weitere Nachweise verlangt werden. Die Kasse kann erforderliche Erhebungen auch selbst anstellen.</p> <p>(3) Die mit den Nachweisen verbundenen Kosten trägt derjenige, der die Versicherungsleistung beansprucht.</p> <p>(4) Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag verjähren innerhalb von fünf Jahren. Der Beginn und die Hemmung der Verjährungsfrist richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.</p>	<p>(1) Der Anspruch auf die Versicherungsleistung ist mit dem Versicherungsschein und der Sterbeurkunde bei der Geschäftsstelle geltend zu machen.</p> <p>Zur Klärung der Leistungspflicht können notwendige weitere Nachweise verlangt werden.</p> <p>Die hiermit verbundenen Kosten trägt derjenige, der die Versicherungsleistung beansprucht.</p> <p>(2) Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag verjähren innerhalb von fünf Jahren. Der Beginn und die Hemmung der Verjährungsfrist richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.</p>	<p>- Vereinheitlichung des Terminus - redaktionelle Vereinfachung</p> <p>- Vereinfachung der Regelung (siehe schon § 11 Abs. 1 Satz 2 neu)</p> <p>- Redaktionelle Vereinfachung</p> <p>- Sprachliche Vereinfachung</p> <p>- Neue Absatznummerierung</p>
§ 12 Abs. 1	Die Versicherungsleistung wird an die Erben erbracht . In Ausnahmefällen wird an andere Personen geleistet (Absätze 2 u. 3).	Die Versicherungsleistung erhalten grundsätzlich die Erben.	Sprachliche und redaktionelle Vereinfachung
§ 12 Abs. 2	Es kann auch eine andere Person benannt werden, die bei Eintritt des Versicherungsfalles die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag erwerben soll (Bezugsberechtigter). Das Bezugsrecht kann bis zum Eintritt des Versicherungsfalles jederzeit widerrufen werden.	Es können abweichend von Absatz 1 auch ein oder mehrere Bezugsberechtigte benannt werden, an die mit befreiender Wirkung gezahlt werden soll.	Sprachliche Vereinfachung

§ 12 Abs. 3	Falls kein Bezugsberechtigter namentlich benannt wurde, ist die Kasse berechtigt, das Sterbegeld mit befreiender Wirkung an den Inhaber des Versicherungsscheines zu zahlen; sie kann den Nachweis der Berechtigung verlangen . Sofern nicht der Bezugsberechtigte oder der Inhaber des Versicherungsscheines, sondern ein anderer das Begräbnis besorgt hat, kann die Kasse diesem die für das Begräbnis nachweislich aufgewendeten Kosten bis zur Höhe des fälligen Sterbegeldes ersetzen.	Falls kein Bezugsberechtigter namentlich benannt wurde, ist die KölnVorsorge berechtigt, die Versicherungsleistung mit befreiender Wirkung an den Inhaber des Versicherungsscheines zu zahlen. Sofern ein anderer die Kosten der Bestattung getragen hat, kann die KölnVorsorge diesem die nachweislich aufgewendeten Kosten bis zur Höhe der Versicherungsleistung ersetzen.	- Anpassung der Bezeichnung - Vereinheitlichung des Terminus - Sprachliche Vereinfachung - Vereinheitlichung des Terminus
§ 13	Der Vorstand kann ein Mitglied in Fällen von Anzeigepflichtverletzung, arglistiger Täuschung und unzulässiger Gefahrerhöhung durch schriftlichen Bescheid aus der Kasse ausschließen, wenn die jeweiligen Voraussetzungen der §§ 19 ff. VVG vorliegen.	Der Vorstand kann ein Mitglied bei vorvertraglicher Anzeigepflichtverletzung, arglistiger Täuschung und unzulässiger Gefahrerhöhung durch schriftliche Mitteilung aus der KölnVorsorge ausschließen, wenn die jeweiligen Voraussetzungen der §§ 19 ff. VVG vorliegen.	- Sprachliche Vereinfachung - Vereinheitlichung des Terminus - Anpassung der Bezeichnung
§ 14 Überschrift	Erfüllungsort für die vertraglichen Verpflichtungen	Zahlungsverkehr	- redaktionelle Vereinfachung
§ 14 Abs. 1	Die Kasse überweist ihre Leistungen dem Bezugsberechtigten auf seine Kosten . Bei Überweisungen in das Ausland trägt der Bezugsberechtigte auch die damit verbundene Gefahr .	Die KölnVorsorge überweist ihre Leistungen dem Bezugsberechtigten gemäß § 12 . Die Kosten für die Überweisung der Versicherungsleistung trägt der Zahlungsempfänger .	- Anpassung der Bezeichnung - Sprachliche und redaktionelle Vereinfachung
§ 14 Abs. 2	Die Übermittlung der Beiträge erfolgt auf Gefahr und Kosten des Versicherungsnehmers. Für die Rechtzeitigkeit der Beitragszahlung genügt es, wenn der Versicherungsnehmer fristgerecht alles getan hat, damit der Beitrag bei der Kasse eingeht .	Die Übermittlung der Beiträge erfolgt auf Gefahr und Kosten des Versicherungsnehmers.	- redaktionelle Vereinfachung
§ 15 Abs. 2	Der Versicherungsnehmer kann die Grundversicherung zusammen mit allen Zusatzversicherungen oder einzelne Zusatzversicherungen schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalendermonats kündigen.	Der Versicherungsnehmer kann die Grundversicherung und die Zusatzversicherungen mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalendermonats kündigen. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen .	Sprachliche Vereinfachung
§ 15 Abs. 3	Bei Kündigung der Grundversicherung oder einzelner Zusatzversicherungen erhält der Versicherungsnehmer gegen Vorlage des Versicherungsscheines einen Rückkaufswert, wenn die Beiträge für die betroffene Grundversicherung oder die betroffenen Zusatzversicherungen für mindestens ein Jahr entrichtet worden sind. Dabei werden die vor dem 20.06.1948 entrichteten Beiträge im Verhältnis 10:1 in Ansatz gebracht.	Bei Kündigung erhält der Versicherungsnehmer gegen Rückgabe des Versicherungsscheines einen Rückkaufswert, wenn die Beiträge für mindestens ein Jahr entrichtet worden sind. Dabei werden die vor dem 20.06.1948 entrichteten Beiträge im Verhältnis 10:1 in Ansatz gebracht.	redaktionelle Vereinfachung redaktionelle Vereinfachung

	<p>Der auszahlende Betrag kann sich um Rückkaufswerte aus einem Bonussterbegeld und Beteiligungen an den Bewertungsreserven erhöhen. Der Rückkaufswert vermindert sich um die am Tage des Austritts vorhandenen Beitragsrückstände; höchstens darf jedoch ein Jahresbeitrag nebst Zinsen und Kosten abgezogen werden.</p> <p>Der Rückkaufswert beträgt grundsätzlich 95 % der Deckungsrückstellung für die Grund- und die Zusatzversicherungen, zuzüglich 100 % der Deckungsrückstellung aus einem Bonussterbegeld und zuzüglich der Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß Absatz 4; es wird jedoch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Kasse für ein einheitliches Sterbegeld je Jahrganggruppe Durchschnittsbeiträge erhebt.</p>		<p>- Künftig in § 15 Abs. 4 Sätze 1 bis 2</p> <p>- Künftig in § 15 Abs. 4 Satz 3 - redaktionelle Vereinfachung</p>
§ 15 Abs. 4	<p>Bei Beendigung des Versicherungsverhältnisses werden die auf den jeweiligen Vertrag entfallenden Bewertungsreserven im Sinne der entsprechenden Vorschriften des Versicherungsvertragsgesetzes ausgezahlt. Näheres regelt der technische Geschäftsplan.</p>	<p>Der auszahlende Betrag kann sich um Rückkaufswerte aus einem Bonussterbegeld und Beteiligungen an den Bewertungsreserven erhöhen. Der Rückkaufswert vermindert sich um die am Tage des Austritts vorhandenen Beitragsrückstände; höchstens darf jedoch ein Jahresbeitrag nebst Zinsen und Kosten abgezogen werden.</p> <p>Der Rückkaufswert beträgt grundsätzlich 95 % der Deckungsrückstellung für die Grund- und die Zusatzversicherungen, zuzüglich 100 % der Deckungsrückstellung aus einem Bonussterbegeld und zuzüglich einer Beteiligung an den Bewertungsreserven aus Kapitalanlagen nach den Vorschriften des Versicherungsvertragsgesetzes; es wird jedoch dem Umstand Rechnung getragen, dass die KölnVorsorge für ein einheitliches Sterbegeld je Jahrganggruppe Durchschnittsbeiträge erhebt.</p> <p>Näheres zu den Absätzen 3 und 4 regelt der technische Geschäftsplan.</p>	<p>Bisher in § 15 Abs. 3 Sätze 3 bis 4</p> <p>Bisher in § 15 Abs. 3 Satz 5</p> <p>redaktionelle und Sprachliche Vereinfachung</p> <p>Anpassung der Bezeichnung</p> <p>redaktionelle Vereinfachung</p>

§ 15 Abs. 5	Wenn die Versicherung nach § 8 (Ausschluss), nach § 17 Abs. 1 Satz 2 (Selbsttötung ohne Zahlung von Sterbegeld) oder nach § 6 Satz 1 (Widerruf) endet, wird der Rückkaufswert gemäß Absatz 3 Satz 1 gezahlt. Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend. Abweichend hiervon werden im Falle des Widerrufs nach § 6 Satz 1 die gezahlten Beiträge zurückgezahlt, wenn das für den Versicherungsnehmer günstiger ist.	Wenn die Versicherung nach § 8 (Ausschluss), nach § 17 (Selbsttötung) oder nach § 6 Satz 1 (Widerruf) endet, wird der Rückkaufswert gemäß Absatz 3 Satz 1 gezahlt. Absatz 4 gilt entsprechend. Abweichend hiervon werden im Falle des Widerrufs nach § 6 Satz 1 die gezahlten Beiträge zurückgezahlt, wenn das für den Versicherungsnehmer günstiger ist.	<ul style="list-style-type: none"> - Redaktionelle Änderung - Änderung der Überschrift - Redaktionelle Änderung
§ 15 Abs. 6	Zahlt ein Versicherungsnehmer, dessen Versicherungsverhältnis nach § 8, § 13 oder § 15 Absatz 2 beendet wurde, innerhalb eines Jahres alle rückständigen Beiträge sowie die Beiträge für die Zeit nach dem Ausscheiden an die Kasse nach und erstattet auch einen erhaltenen Rückkaufswert bzw. Beiträge zurück, so lebt das frühere Versicherungsverhältnis wieder auf, falls der Versicherungsfall bei Eingang der Zahlung noch nicht eingetreten ist.	Zahlt ein Versicherungsnehmer, dessen Versicherungsverhältnis nach § 8, § 13 oder § 15 Absatz 2 beendet wurde, innerhalb eines Jahres alle fälligen Beiträge an die KölnVorsorge nach und erstattet auch einen erhaltenen Rückkaufswert, so lebt das frühere Versicherungsverhältnis wieder auf.	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachliche Vereinfachung - Anpassung der Bezeichnung - Sprachliche Vereinfachung
§ 16	<p>(1) Grundsätzlich besteht die Leistungspflicht unabhängig davon, auf welcher Ursache der Versicherungsfall beruht. Die Kasse gewährt Versicherungsschutz insbesondere auch dann, wenn der Versicherte in Ausübung des Wehrdienstes oder bei inneren Unruhen den Tod gefunden hat.</p> <p>(2) Bei Ableben des Versicherten in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen beschränkt sich die Leistungspflicht auf die Auszahlung des für den Todestag berechneten Rückkaufswertes der Versicherung. Diese Einschränkung der Leistungspflicht entfällt, wenn der Versicherte in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen stirbt, denen er während eines Aufenthaltes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen er nicht aktiv beteiligt war.</p>	<p>Grundsätzlich besteht die Leistungspflicht auch dann, wenn der Versicherte in Ausübung des Wehrdienstes oder bei inneren Unruhen oder im Krieg getötet wurde.</p> <p>Sätze 1 und 2 gelten auch dann, wenn er während eines Aufenthaltes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stirbt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachliche Vereinfachung - Absatznummerierung entfällt - Sprachliche Vereinfachung - Absatznummerierung entfällt
§ 17 Überschrift	Selbsttötung des Versicherten	Selbsttötung	Sprachliche Vereinfachung

§ 17	<p>(1) Bei Selbsttötung vor Ablauf von drei Jahren seit Zahlung des Einlösungsbeitrages oder seit Wiederherstellung der Versicherung besteht Versicherungsschutz nur dann, wenn nachgewiesen wird, dass die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist. Andernfalls wird ein Rückkaufswert nach § 15 Abs. 3 gezahlt.</p> <p>(2) Bei Selbsttötung nach Ablauf der Dreijahresfrist bleibt die Kasse zur Leistung verpflichtet.</p>	Bei Selbsttötung vor Ablauf von drei Jahren seit Zahlung des Einlösungsbeitrages oder seit Wiederherstellung der Versicherung besteht Versicherungsschutz nur dann, wenn nachgewiesen wird, dass die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Krankheitszustand begangen worden ist. Andernfalls wird ein Rückkaufswert nach § 15 Abs. 3 gezahlt.	<p>Wegfall der Absatznummerierung</p> <p>Sprachliche Vereinfachung</p> <p>Redaktionelle Vereinfachung</p>
§ 18 Abs. 1	Mitteilungen, die das Versicherungsverhältnis betreffen, müssen stets schriftlich erfolgen. Für die Kasse bestimmte Mitteilungen werden wirksam, sobald sie ihr zugegangen sind. Versicherungsvertreter sind zu ihrer Entgegennahme nicht bevollmächtigt.	Für die KölnVorsorge bestimmte Mitteilungen werden wirksam, sobald sie ihr zugegangen sind. Versicherungsvertreter sind zu ihrer Entgegennahme nicht bevollmächtigt.	<ul style="list-style-type: none"> - Redaktionelle Vereinfachung - Anpassung der Bezeichnung
§ 18 Abs. 2	Eine Änderung der Postanschrift oder des Namens muss der Versicherungsnehmer der Kasse unverzüglich mitteilen. Eine an ihn zu richtende Willenserklärung der Kasse kann mit eingeschriebenem Brief an die zuletzt bekannte Anschrift versandt werden; die Erklärung gilt drei Tage nach Absendung des Briefes als zugegangen.	Mitteilungen zum Versicherungsverhältnis müssen der KölnVorsorge unverzüglich zugehen. Eine an den Versicherungsnehmer oder dessen Bevollmächtigten zu richtende Willenserklärung der KölnVorsorge kann mit eingeschriebenem Brief an die zuletzt bekannte Anschrift versandt werden; die Erklärung gilt drei Tage nach Absendung des Briefes als zugegangen.	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachliche Vereinfachung - Anpassung der Bezeichnung - Sprachliche Vereinfachung - Anpassung der Bezeichnung
§ 18 Abs. 3	Wenn der Versicherungsnehmer sich für längere Zeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhält, sollte er, auch in seinem Interesse, eine im Inland ansässige Person benennen, die bevollmächtigt ist, Mitteilungen der Kasse für ihn entgegenzunehmen (Zustellungsbevollmächtigter).		Für diese Regelung besteht kein Bedarf.
§ 19 Überschrift	Abschlusskosten	Kosten	Sprachliche Vereinfachung
§ 19	Die mit dem Abschluss einer Versicherung verbundenen auf den Versicherungsnehmer entfallenden Kosten, z.B. für Beratung und Ausstellung des Versicherungsscheines werden ihm nicht gesondert in Rechnung gestellt.	Für den Abschluss einer Sterbegeldversicherung bei der KölnVorsorge werden keine Kosten in Rechnung gestellt.	Sprachliche Vereinfachung
§ 20 (alt)	Falls aus besonderen, von dem Versicherungsnehmer veranlassten oder zu vertretenden Gründen ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand verursacht wird,	Für zusätzlichen Verwaltungsaufwand, den der Versicherungsnehmer zu vertreten hat, kann die KölnVorsorge Kosten gesondert in Rechnung stellen.	<p>Wegfall des bisherigen 3 20</p> <p>Sprachliche Vereinfachung</p>

	<p>kann die Kasse die in solchen Fällen durchschnittlich entstehenden Kosten als pauschalen Abgeltungsbetrag gesondert in Rechnung stellen. Dies gilt bei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erteilung einer Ersatzurkunde für den Versicherungsschein, - schriftliche Fristsetzung bei Nichtzahlung von Folgebeiträgen (Mahnung), - Rückläufern im Lastschriftverfahren, - Bescheinigungen über entrichtete Beiträge <p>Die jeweiligen vom Vorstand festgesetzten Beträge können dem in der Geschäftsstelle der Kasse ausliegenden Preisaushang entnommen werden.</p> <p>Die Gebührentabelle bedarf der geschäftsplanmäßigen Regelung und der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.</p>	<p>Dies gilt insbesondere bei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erteilung eines Ersatzversicherungsscheines, - Mahnungen, - Rückbuchungen im Lastschriftverfahren, - Bescheinigungen über entrichtete Beiträge. <p>Der Vorstand kann Festlegungen zur Höhe der angemessenen Kosten treffen und muss sie gegebenenfalls aufsichtsbehördlich genehmigen lassen. Die so gebildete Preisübersicht ist dem Versicherten auf Wunsch auszuhändigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Aufhebung des abschließenden Kostenkataloges - Vereinheitlichung des Terminus - Sprachliche Vereinfachung - Sprachliche Vereinfachung
§ 21 (alt)			Regelung jetzt: § 20
§ 22 (alt)	<p>Der Gerichtsstand ist Köln. Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag ist auch das Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Versicherungsnehmer zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für Klagen gegen den Versicherungsnehmer ist dieses Gericht ausschließlich zuständig.</p>	<p>Der Gerichtsstand ist Köln. Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag ist auch das Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Versicherungsnehmer zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für Klagen gegen den Versicherungsnehmer ist dieses Gericht ausschließlich zuständig.</p>	<p>Regelung jetzt: § 21</p> <p>Sprachliche Vereinfachung</p>
§ 23 (alt)			Regelung jetzt: § 22